

PROKLA-Redaktion

Verteilungsfragen

Das Jahr 1982 markiert eine Wende in der Geschichte der Bundesrepublik. Der politische Machtwechsel traf zusammen mit einem drastischen Trendbruch in der Wirtschaftsentwicklung. Nicht nur, daß es einen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt gab, der die Arbeitslosenzahl über die Zweimillionenmarke hinausschnellen ließ. Nicht nur, daß die Wirtschaftspolitik langsam aber sicher auf die von Thatcher und Reagan vorgetestete sog. Angebotsorientierung umgestellt wurde. Arbeitslosigkeit sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik zusammen bewirkten eine massive Verschiebung in der Einkommensverteilung, die bis heute, also über die Einigung hinaus und wohl durch die Einigung verstärkt, nicht nur die »private« materielle Lage der abhängig Beschäftigten, sondern auch die allgemeine Versorgung mit öffentlichen Gütern beeinträchtigt.

In einem der reichsten Länder der Welt lautet der Dauerrefrain des weit über die Regierungskoalition hinausreichenden sozialpolitischen Konsensors: »Das können wir uns nicht mehr leisten«. Dabei sind die sozialpolitischen Problemzonen im Verhältnis zum Gesamtwohlstand klein (siehe unten). Trotz regelmäßiger Erhöhungen der die privaten Haushalte belastenden Steuern, Sozialbeiträge, Gebühren und Abgaben werden die Leistungen der öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen des föderalen Systems heruntergefahren, mit Folgen für die Arbeitsmarkt-, die Bildungs-, die Gesundheits-, die Forschungs- und Wissenschafts- und Kulturlandschaft. Politiker zetteln in einer Gesellschaft, deren Wirtschaft in den neunziger Jahren die höchsten durchschnittlichen Wachstumsraten aller fortgeschrittenen Industrieländer verzeichnete (Economist, 28. 1. 1995), eine »Standortdebatte« an, in der einmal mehr vor der Flüchtigkeit des Rehleins Kapital gewarnt wird. Das könnte man noch für ein Symptom einer bewunderungswürdig frühzeitigen Selbсталarmierungsfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft halten, mit deren Hilfe auf Probleme aufmerksam gemacht wird, bevor sie welche werden. Aber mit dem Problembewußtsein scheint es nicht weit her zu sein, wenn zugleich der Staat in immer größerem Ausmaß zukunftsichernde Investitionen unterläßt, nicht nur in Real- sondern auch in sogenanntes Humankapital. Kleine Kinder bekommen wieder grö-

bere Klassen, zahlreiche ausgebildete Lehrer finden keine Arbeit. Die Universitäten werden mit riesigen Überlastquoten »gefahren«. Forschungspotentiale in den neuen Bundesländern werden zerstört. Als hätten sie in einer solchen Situation nichts besseres zu tun, werfen große dicke Saumagenesser Sozialhilfeempfängern den Mißbrauch öffentlicher Mittel vor. Kleine Minister machen sich schwerste Gedanken über die Alterslastquote im Jahre 2030, offenbar damit die Rentnerinnen sich leichter an den Gedanken gewöhnen, daß auch ihre Einkommen hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurückbleiben.

Wie kann man sich diesen Zirkus erklären? Reichen Gesellschaften geht das Tragische ab. Die Bundesrepublik ist ein reiches Land, auch nach der Vereinigung eines der reichsten auf der Erde. Da die natürlichen Bedingungen des Wirtschaftens (Klima, Bodenschätze usw.) nicht derart sind, daß sie die Bundesrepublik im internationalen Vergleich begünstigen, und auch die Bedingungen für Transfers von Reichtum aus andern Ländern (also zeitgenössische funktionale Äquivalente für koloniale Ausbeutung) nicht besser oder schlechter sind als anderswo, kann dieser exzeptionelle Reichtum im großen und ganzen nur auf die besondere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, insbesondere auf die Art ihres organisierten Zusammenwirkens zurückzuführen sein. Ohne der Frage weiter nachzugehen, worin das »Geheimnis« des bundesrepublikanischen Wirtschaftserfolgs im einzelnen besteht, soll die Erinnerung an diese beiden Sachverhalte: Erstens exzeptioneller Reichtum und zweitens Rückführbarkeit dieses Reichtums auf Akteure, ihre Fähigkeiten und ihre Organisation, die Folie bilden, vor der im folgenden Verteilungsfragen diskutiert werden. Denn zunächst muß man sich angesichts dieser Diskussion vergegenwärtigen, daß Verteilungskonflikte eine wesentlich andere Bedeutung haben, wenn sie auf einem materiell-ökonomischen Niveau stattfinden, bei dem es nicht mehr um Hunger und lebensbedrohendes Elend, sondern um die objektive Möglichkeit eines materiell gut gesicherten Lebens für Alle geht. Diese Möglichkeit besteht. Das läßt sich einfach daran ablesen, daß in der Bundesrepublik (ähnlich wie in den meisten anderen OECD-Ländern) weniger als 1% des Bruttoinlandsprodukts umgewidmet werden müßten, um sämtliche armen Personen über die Armutsschwelle zu heben (Förster 1994, 15). Dabei ist zu berücksichtigen, daß Armut hier relativ definiert ist: Man bestimmt das mittlere Haushaltseinkommen und legt fest, daß Haushalte, die 60, 50 oder 40% dieses mittleren Einkommens nicht erreichen, als arm gelten. Diese Art der Armutsfestlegung schließt also nicht aus, daß vom materiellen Versorgungsniveau her ein Armer in der Schweiz eventuell besser lebt als so mancher Nicht-Arme im Senegal. Trotzdem ist der in reichen Gesellschaften üblicherweise benutzte, relative Armutsbegriff

berechtigt: Armut signalisiert hier die aufgrund materieller Schlechterstellung geringeren Möglichkeiten der Teilnahme am normalen gesellschaftlichen Leben. Es geht bei Verteilungskonflikten in reichen Gesellschaften für den unterlegenen Teil nicht mehr um das bloße Überleben. Zugleich ist das Ausmaß des immer noch verbliebenen Armutsproblems, so wenig das die betroffenen Personen trösten kann, im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sehr klein. So klein, daß man sich heute eher fragen muß: warum leisten sich reiche Gesellschaften eigentlich immer noch Armut? Eine Aufstockung der Sozialleistungen, der Ausgaben der öffentlichen Hand inklusive Sozialversicherungen, um ganze 2,7% hätte in der alten Bundesrepublik in den späten 80er Jahren ausgereicht, um alle Armen über die recht großzügig definierte Armutsschwelle von 60% des Medianeinkommens zu heben (Förster 1994).

Das bedeutet, daß Verteilungsdiskussionen im Club der OECD-Länder nicht mehr im Stile einer Fortsetzung des Verelendungsdiskurses aus dem 19. Jahrhundert geführt werden sollten. Wenn es noch Armut gibt, dann ganz sicher nicht, weil das erreichte Wohlstandsniveau nicht ausreicht, um sie zu beseitigen, sondern nur weil kein hinreichend durchsetzungsfähiges Interesse daran besteht, sie zu beseitigen.

Die Gründe können entweder einfach in Ignoranz und Vernachlässigung eines Problems gesucht werden, das mit seiner Größe und seinem Gewicht auch seine politische Bedeutung verloren hat. Oder die Persistenz von Armut erklärt sich daraus, daß Armut eine über die Betroffenen hinausgehende Funktion hat, wobei wohl nach wie vor als erster Kandidat die schon aus der Diskussion um die Armenhäuser im England des 18. Jahrhundert offen ausgesprochene Funktion der Disziplinierung der Arbeitsbevölkerung qua Abschreckung (Wagner) gelten muß. In beiden Fällen ist jedenfalls der traditionelle Armutsdiskurs mit dem leise subalternen Appell an »Vater« Staat, die Menschenwürde und - für den Rest - die Barmherzigkeit unangebracht. Es sollte stattdessen einfach um die Frage gehen, ob die fortdauernde Reproduktion von Armut zu unseren Vorstellungen von einer passabel eingerichteten Gesellschaft paßt.

Jedenfalls macht ein Vergleich des gegenwärtigen Kapitalismus mit dem des 18. und 19. Jahrhunderts deutlich, daß Armut in den reichen Gesellschaften nicht mehr zu den zentralen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen gehört. Verteilungsfragen erschöpfen sich jedoch nicht im Armutsproblem. Sie werden vielmehr in anderen, z. T. neuen Formen relevant. Dabei geht es, wie gesagt, nicht mehr ums Überleben, nicht mehr um soziale und politische Konflikte, die aus Not und Verelendung gespeist werden und ihren normativen Ausdruck fast selbstverständlich in radikalen Gleichheits- und entsprechenden Gerechtigkeitsforderungen finden. Viel-

mehr geht es darum, angesichts eines Wirtschaftssystems, das spontan und sich selbst überlassen bei steigendem Wohlstandsniveau mehr und mehr Ungleichheit produziert, die bereits etablierten und institutionalisierten, meist sozialstaatlichen Korrekturmechanismen immer wieder neu »einzustellen« und gegebenenfalls auch neue Mechanismen aufzubauen. Dazu gehören nicht nur entsprechende eingriffsmächtige Bewegungen und Institutionen, sondern auch normativ (moralisch, ethisch) begründete Leitlinien, an denen sich die Programme dieser Institutionen orientieren. Letztlich geht es um demokratisch durchsetzbare Vorstellungen vom guten Leben: was gilt als fair, als gerecht, welches Ausmaß von sozialer bzw. wirtschaftlicher Ungleichheit ist tolerierbar? Die entsprechenden Standards sind nicht ein für allemal in Stein gemeißelt. Ihre sozusagen operative Definition ist vielmehr Teil der laufenden Verteilungskonflikte.

Dominant sind in der Bundesrepublik, wie schon vorher andernorts, in letzter Zeit offenbar zunehmend Vorstellungen von Meritokratie: Was man hat, hat man aufgrund seiner individuellen Leistungen und hat es deshalb verdient. Dies ist eine um so bequemere Fiktion, je weiter oben man auf der Wohlstandsskala steht. Daß es sich um eine Fiktion handelt, läßt sich leicht zeigen, etwa mit Hilfe des Miegelschen Busfahrerbeispiels: Warum verdient ein Busfahrer in Regensburg ein Realeinkommen, das, sagen wir, 4-5mal so hoch ist wie das eines Busfahrers in Krakau? Da beide ungefähr dasselbe tun, kann der höhere Verdienst (bei geringerer Arbeitszeit) des Regensburgers nicht an seiner individuellen Leistung liegen, so beträchtlich diese sein mag. Vielmehr nimmt der Regensburger Busfahrer schlicht aufgrund des Sachverhalts, daß er Teilnehmer am bundesdeutschen Wirtschaftssystem ist, an der Ausschüttung der Prämien teil, die dieses Wirtschaftssystem abwirft. Er kann auch als jemand, der mit seiner Arbeit zur allgemeinen Produktivitätsentwicklung nicht direkt beiträgt, Ansprüche auf Teilhabe am wachsenden Wohlstand geltend machen, der sich jener steigenden wirtschaftlichen Produktivität verdankt. Das geht zum einen, weil Konkurrenz und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt die Abschottung einzelner, auf dem Weltmarkt besonders erfolgreicher Wirtschaftszweige und entsprechende Lohndifferenzen nur begrenzt zulassen. Zum andern ist die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer »Nationalökonomie« nicht auf individuelle Leistungen zurückrechenbar: Wie neuere Forschungen über die Bedingungen langfristigen Wachstums (Maddison 1991, Hückemann, van Suntum 1994) gezeigt haben, erklären wirksame gesellschaftliche Konfliktregulierungsmechanismen, die gegensätzliche Verteilungsinteressen konsensfähig abarbeiten, einen guten Teil der lang- und mittelfristigen Wachstumserfolge etwa der japanischen oder der deutschen Nationalökonomien.

Wenn also meritokratisch begründete, individuelle Einkommensansprüche weitgehend auf Fiktionen beruhen, wie erklärt sich dann die Akzeptanz meritokratischer Leitbilder (»Leistung muß sich wieder lohnen«), die ja ersichtlich ungleiche Verteilungen legitimieren, in Verteilungsdiskussionen? Ein Grund mag darin liegen, daß sich die wenigsten Verfechter der Meritokratie über das Marktgewicht ihrer eigenen Leistungen im Vergleich zu denen anderer klar sind. Der status quo wird, wie immer er zustande gekommen ist, zum Maßstab. Hinzukommt, daß Gleichheit - jenseits der Gleichheit vor dem Gesetz - keineswegs eine selbstverständliche Norm ist, Ungleichheit in der Wirtschaft vielmehr nicht nur als wachstums- und funktionsfördernd, sondern auf diesem Wege auch als nützlich für die Nicht-Leistungsfähigen gilt: Nach der trickle-down-Theorie muß der Tisch der Reichen überlaufen, damit die darunter sitzenden Armen genügend abbekommen.

Sicherlich funktioniert eine kapitalistische Ökonomie nur über wirksame Leistungsanreize. Ohne Karotte, hinter der der Esel herjagt, wird der Karren nicht gezogen. Daraus folgt, daß ein bestimmtes Maß wirtschaftlicher Ungleichheit »funktional« in dem Sinne ist, daß auch die Schlechtergestellten mit Ungleichheit besser fahren als mit Gleichheit. Offenbar gibt es aber, wie beispielsweise das seit Jahrzehnten relativ schlechte Abschneiden der USA im Hinblick auf Wachstum und Produktivitätsentwicklung zeigt, Schwellenwerte, die die Ungleichheit nicht überschreiten darf, ohne dysfunktional zu werden. Zugleich macht der wirtschaftliche Erfolg Japans, das eine vergleichsweise egalitäre Einkommensverteilung aufweist, auf die Frage aufmerksam, ob es nicht funktionale Äquivalente für Ungleichheit als Leistungsanreiz gibt. Schließlich geht es bei der Frage, wieviel Ungleichheit als legitim gilt, nicht nur um Funktionstüchtigkeit, sondern auch um Gerechtigkeit: Rein meritokratische Prinzipien der Verteilung sind moralisch nicht zu rechtfertigen, wenn die Startbedingungen und Ressourcenausstattungen der Individuen, die in den »Leistungswettbewerb« eintreten, von vornherein ungleich sind. Diese Unterschiede müssen in einer Gesellschaft, die sich an konsensfähigen moralischen Prinzipien orientiert, kompensiert werden. Philosophische Gerechtigkeitstheorien sollen eruieren, welche Kompensationsregeln konsensfähig sein können. Auch wenn man die faktische oder potentielle Wirksamkeit solcher Theorien gering veranschlagt (Vobruba 1995), antworten sie auf das Problem, daß sich Fragen der Moral und der Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten nicht verdrängen lassen, weil es jenseits der Überlebensschwelle keine unbestreitbaren Ansprüche auf Anteile am gesellschaftlichen Reichtum gibt (siehe dazu die Kritik von *Brian Barry* an dem durchaus interessegeleiteten, moralischen Agnostizismus Hayeks in diesem Heft).

Die Rückführbarkeit des exzeptionellen bundesrepublikanischen Reichtums auf Akteure, ihre Fähigkeiten und Organisation, also kurz auf den »human factor« in seiner sozialen Gestaltung, bedeutet, daß dieses Reichtumspotential durch Desorganisation leicht zu gefährden ist. Verteilungskonflikte haben dieses Potential. Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß die großen wirtschaftlichen Erfolge der Verlierergesellschaften des 2. Weltkriegs, Japan und Deutschland, nicht zuletzt auf außergewöhnlichen Fähigkeiten zur Konsensherstellung im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital beruhen. Dazu gehören nicht nur kulturelle Traditionen (die ja in beiden Ländern einen starken autoritären Einschlag haben), sondern auch besondere Formen der Unternehmens- und Arbeiterorganisationen, der staatlichen Interventionen und der Regelung von Verteilungskonflikten. Diese komplexen sozialen Strukturen sind nicht unbegrenzt stabil, sie können im Zuge der Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung erodieren.

Erstaunlich ist deshalb die rabiate Unvorsichtigkeit, mit der einige Hauptakteure auf der bundesrepublikanischen wirtschaftlichen und politischen Szene den Ab- und Umbau der etablierten, einigermaßen bewährten, wenngleich nicht kostenlosen Mechanismen der Loyalitätssicherung und Konfliktbeilegung fordern. Die Galerie der selbsternannten sozialpolitischen Sparkommissare reicht von Arbeit»geber«vertretern über christlich-liberale Koalitionäre bis zur Bundesbank und solchen Exponenten der Wirtschaftswissenschaft wie Horst Siebert und Norbert Walter. Alle wollen die Marktkräfte stärken und mit deren Hilfe konkurrierende Verteilungsansprüche durch zukünftiges Wachstum entschärfen, aber einstweilen fordern oder tun sie nichts anderes, als über politische Eingriffe alte Verteilungskonflikte neu anzuzetteln. Wenn man nicht schon lange wüßte, daß Interesseninduzierte Ignoranz zu dieser Art von Politik und Wissenschaft gehört, könnte man sich darüber wundern, wie gering die Rolle wissenschaftlicher Argumente und empirischer Befunde in dieser Diskussion ist.

Hier nur ein Beispiel für einen solchen Befund, der die Lamentiererei über die Nichteinhaltung des »Lohnabstandsgebots« als Zweckpropaganda entlarvt. Von 1985 bis 1991 hat sich das real verfügbare Monatseinkommen »je Verbrauchereinheit«, d. h. das real verfügbare Haushaltseinkommen gewichtet mit der Mitgliederzahl und Alterszusammensetzung der Haushalte, in Westdeutschland im Durchschnitt der sozialen Gruppen wie folgt vermehrt (wobei noch zu berücksichtigen ist, daß diese Gruppen z. T. sehr heterogen zusammengesetzt sind, Top-Manager und Supermarktkassiererinnen werden gleichermaßen als Angestellte gezählt, ebenso wie Kioskbetreiber und Großunternehmer als Selbständige):

	Zuwachs	mtl. Realeink. 1991	Rangfolge
Landwirte	19%	1687	7
übr. Selbständige	30%	5803	1
Angestellte	18%	2433	4
Beamte	15%	2478	3
Arbeiter	19%	1799	6
Arbeitslose	18%	1251	8
Rentner	17%	2046	5
Pensionäre	12%	2778	2
Sozialhilfeempfänger	12%	(hier wird in der Einkommens-tabelle die Residualgruppe »sonstige Personen« ausgewiesen, die auch Rentiers, Stipendiaten usw. enthält)	

(Bedau 1993, 158f.)

Durch die unterschiedlichen Zuwächse hat sich an der seit längerem bestehenden Wohlstandshierarchie (Spalte Rangfolge) nichts geändert, der Einkommensabstand der Selbständigen zum Rest hat sich seit 1982 deutlich vergrößert. Aber es kann keine Rede davon sein, daß die Einkommen der Sozialhilfeempfänger, sich zu stark an die der Arbeiter angenähert hätten. Zusammenfassend schreibt Bedau (ebd., 159) zur Einkommensentwicklung: »Der durchschnittliche Kaufkraftzuwachs der Selbständigen-Haushalte in Westdeutschland von 1985 bis 1991 war viermal so hoch wie der der Arbeitnehmerhaushalte und fünfmal so hoch wie der der Haushalte von Nichterwerbstätigen. Einen vergleichsweise geringen Kaufkraftzuwachs hat es seit der Mitte der achtziger Jahre für die in Haushalten von Sozialhilfeempfängern lebenden Personen gegeben. Dieser Personenkreis hat sich in Westdeutschland von knapp 1 Mill. (1985) auf 1,5 (1991) vergrößert, macht indes nach wie vor nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung aus.«

Ein ähnliches Mißverhältnis zwischen empirischen Befunden und politischer Rhetorik besteht bei fast allen Verteilungsproblemen. Die Größenordnungen des Mißbrauchs sozialstaatlicher Leistungen sind längst bekannt und gegenüber den finanziellen Lasten z. B. durch Steuerhinterziehungen (vgl. Lang 1993) einfach nur lachhaft. Trotzdem wird der sog. Sozialhilfemißbrauch Wahlkampfthema. Die Unternehmen werden seit Jahren für die Gewinnaufschläge, die ihnen der Markt beschert, durch Steuerentlastungen entschädigt (die natürlich stärkere Steuerbelastungen der privaten Haushalte nach sich ziehen). Trotzdem vergeht kein Tag ohne Forderungen nach weiterer steuerlicher Entlastung der Gewinne.

Die Verteilungswirkungen einer Flexibilisierung und Öffnung des Arbeitsmarkts nach unten können am Beispiel der USA studiert werden: sinkende durchschnittliche Reallöhne bei drastisch vergrößerter Lohnspreizung und Einkommensungleichheit ohne große Wachstumsimpulse und Beschäftigungseffekte. Trotzdem wird bis weit in die SPD hinein über die

Einführung eines zweiten (Billig-) Arbeitsmarkts als Remedur gegen Arbeitslosigkeit schwadroniert. Die Liste der Beispiele für interesseninduzierte Ignoranz ließe sich beliebig fortsetzen, insbesondere mit Verweisen auf Ministerien, die wissenschaftliche Gutachten anfertigen lassen, um sie dann möglichst schnell zu vergessen.

Kurz, während die Entwicklung der, nicht zuletzt politisch gesteuerten, Verteilungsverhältnisse in der Bundesrepublik seit dem Ende der Nachkriegswachstumsphase und der Ära der Vollbeschäftigung von den empirischen Befunden (von denen einige in diesem Heft dokumentiert und diskutiert werden, vergleiche die Beiträge von *Dieter Vesper* und *Klaus Schömann*) her keine andere Aussage zuläßt, als daß die Einkommens- und Vermögensungleichheit zu Lasten der unteren Einkommensgruppen deutlich zugenommen hat, wird in der öffentlichen Diskussion das Thema Verteilung entweder vernachlässigt oder in einer derart verzerrten Form besprochen, daß sie wohl nur eine Deutung zuläßt: Auf seiten der politischen und wirtschaftlichen Eliten findet ein Rückfall in Überzeugungen und politische Orientierungen statt, die deren Mehrheit spätestens mit dem Desaster der Weltwirtschaftskrise der 20/30er Jahre und deren Folgen schon einmal hinter sich gelassen haben wollte. Es macht sich offenbar wieder ein archaisches Weltbild breit, das in der Zeit des Frühkapitalismus auf unübertroffen knappe und deutliche Weise formuliert wurde: »every one but an idiot knows that the lower classes must be kept poor, or they will never be industrious.« (Arthur Young 1771). Wie kann man diesen Rückfall erklären, wenn doch heute - anders als im Frühkapitalismus - jeder, der sich informieren will, von den wissenschaftlichen Befunden her zu dem Schluß kommen muß, daß reiche Gesellschaften ihre Probleme durch Verschärfung der Armut nicht lösen können? Macht Gier einfach blind?

Wir können diese Frage mit den Beiträgen in diesem Heft nicht beantworten. Aber wir stellen Beiträge zu einer Auswahl wichtiger Themen zum Verteilungsproblem vor, die sich teils neuen Aspekten zu-, teils neue Untersuchungsformen anwenden. Einerseits geht bei der Einkommensverteilung nichts am Staat vorbei. *Dieter Vesper* untersucht die finanzpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren, insbesondere im Hinblick auf die Steuerlastverteilung. Andererseits ist Arbeitslosigkeit das Wirtschaftsproblem, das seit der »Wiederkehr der Vollbeschäftigungslücke« (J. Berger) am deutlichsten auf die Verteilung durchschlägt. *Heiner Ganßmann* und *Grover McArthur* wenden das in den USA entwickelte Konzept der »Kosten des Arbeitsverlusts« auf die Bundesrepublik an, um festzustellen, ob und wie Arbeitslosigkeit als Hebel in Verteilungskonflikten benutzt wird. *Klaus Schömann* benutzt die erst in jüngster Zeit entwickelten Methoden der Lebensverlaufsanalyse, um die Alters- und Ge-

schlechtsspezifisch der Verteilung von Arbeitseinkommen darzustellen. Die geschlechtsspezifische Verteilung der Chancen am Arbeitsmarkt bildet den Bezugspunkt des Artikels von *Angelika von Wahl*, die die Unterschiede der US-amerikanischen und der deutschen Gleichstellungspolitik untersucht. Gemessen am Gewicht der Verteilungsfragen fehlen in diesem Heft eine ganze Reihe von Themen, wie etwa die Vermögensverteilung oder internationale Vergleiche zum Zusammenhang von Umverteilung und Wachstum und vieles mehr. Wir können dieses Heft unsererseits nur als einen Anfang verstehen und darauf verweisen, daß zumindest das DIW und das WSI regelmäßig Verteilungsanalysen veröffentlichen. Insgesamt ist das aber zu wenig, wenn es denn, wie etwa in der angelsächsischen Tradition, eine wissenschaftliche Aufgabe sein sollte, Transparenz der Verteilungsverhältnisse herzustellen. Aber, wie *David Gordon* mit seinen Überlegungen zur ökonomischen Rhetorik vermuten läßt: Wissen nicht zu produzieren und vorhandenes Wissen auszublenden gehört zu den Mitteln, mit denen Verteilungskonflikte ausgetragen werden.

Literatur

- Bedau, K.-D. (1993): Die Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in Deutschland seit der Mitte der achtziger Jahre, in: *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, H. 3/4, S. 150-170.
- Förster, M. F. (1994): *Measurement of low incomes and poverty in a perspective of international comparisons*, OECD, Paris.
- Huckemann, S.; van Suntum, U. (1994): *Beschäftigungspolitik im internationalen Vergleich*, Gütersloh.
- Lang, O. (1993): Steuervermeidung und -hinterziehung bei der Einkommensteuer: Eine Schätzung von Ausmaß und Gründen, in: *ZEW Newsletter* Nr. 1, April, S.13-19.
- Maddison, A. (1991): *Dynamic forces in capitalist development*, Oxford.
- Vobruba, G. (1995): *Die Faktizität der Geltung. Gerechtigkeit im sozialpolitischen Umbau-Diskurs*, Vortrag, 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Halle.

Eine Anmerkung in eigener Sache

Am 6. Mai fand in Berlin die Jahresversammlung der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« statt, die die PROKLA herausgibt. Dabei wurde die Themenplanung für das kommende Jahr diskutiert und die Redaktion gewählt. Aus der alten Redaktion standen Helmut Hugler, Dirk Messner und Sighard Neckel aufgrund beruflicher Verpflichtungen nicht mehr für eine Kandidatur zur Verfügung. Die übrigen Mitglieder der bisherigen Redaktion wurden bestätigt, neu in die Redaktion gewählt wurden die Politologinnen Sabine Krüger und Imme Scholz.